

Bestandsaufnahme und Protest

Erinnerungskultur: Münchener »Omas gegen Rechts« zu Besuch in Landsberg

Landsberg – Wie die Erinnerung an die NS-Gewaltherrschaft und das unendliche von ihr verursachte Leid wachhalten, wenn die Zeitzeugen verschwinden und auch diejenigen weniger werden, die noch persönliche Gespräche mit Zeitzeugen führen konnten? Zur letzteren Gruppe gehören die „Omas gegen Rechts“, eine 2017 gegründete überparteiliche Initiative für Demokratie, Menschenrechte und eine offene Gesellschaft. Vertreterinnen der Münchener Regionalgruppe von „Omas gegen Rechts“ besuchten am Samstag Landsberg zu einer Bestandsaufnahme und Protestaktion.

Die Bestandsaufnahme bezog sich auf die Art und Weise, wie in der Lechstadt Erinnerungskultur gepflegt wird. Die Protestaktion richtete sich gegen die Namensgebung „Karl Schrem Bau“ für eines der Gebäude im neuen Viertel am Papierbach. Bereits am Tag zuvor machte Projektentwickler ehret + klein allerdings einen Rückzieher. „Neue historische Erkenntnisse zu Karl Schrem und dessen Vergangenheit und Funktion während des NS-Regimes werfen ein neues



Zu Besuch in Landsberg waren am Samstag Vertreterinnen der Münchener Regionalgruppe der Initiative „Omas gegen Rechts“.

Foto: Müller-Hahl

Licht auf die Sachlage“, heißt es in einer Pressemitteilung des Unternehmens. Im Rahmen eines neuen Abstimmungsverfahrens will man nun einen anderen Namen für das Gebäude finden. Landsbergs Oberbürgermeisterin Doris Baumgartl versteht diesen Schritt: „Angesichts der um-

strittenen Namensgebung ist eine neue Bewertung der Situation sowie eine erneute Abstimmung nachvollziehbar.“

Karl Schrem spielte bei einer abendlichen Diskussionsveranstaltung mit den Vertreterinnen der „Omas gegen Rechts“ folglich keine Rolle mehr. Themen

rund um Erinnerungskultur und Gedenkarbeit, um Bildung, pädagogische Konzepte und die richtigen Wege, die junge Generation zu erreichen, gab es dennoch genügend.

Zu der Diskussion hatte Veranstalter Wolfgang Hauck die Grünen-Landtagsabgeordnete Gabriele Triebel, Historikerin Edith Raim und Manfred Deiler, den Präsidenten der Europäischen Holocaust Gedenkstätte Stiftung e.V., eingeladen. Deiler hatte den Besucherinnen aus München zuvor das ehemalige KZ-Lager Kaufering VII gezeigt.

„Was Landsberg für ein Zentrum der NS-Ideologie war, war uns gar nicht bekannt“, stellten die Besucherinnen am Abend fest und waren beeindruckt von Deilers Engagement. Er fordert seit langem ein Dokumentationszentrum auf dem Gelände von Kaufering VII.

Dass Oberbürgermeisterin Doris Baumgartl und der Stadtrat dieses nun voranbringen wollen, sieht er als positives Zeichen, wobei den Absichtserklärungen erst noch Taten folgen müssen.

„Für ein professionalisiertes Dokumentationszentrum brauchen wir die Stadt als starken Partner an unserer Seite“, so Deiler. Dazu gehört in seinen Augen auch ein festangestellter Mitarbeiter, der das tut, was Deiler und seine Frau Helga seit Jahren ehrenamtlich machen – das Archiv betreuen, weltweite Anfragen beantworten von Enkeln, die nach Spuren ihrer Großeltern suchen, oder von Masterstudenten und Doktoranden, die über die NS-Zeit forschen. „Ich fühle mich verpflichtet, das zu machen, aber eigentlich ist es nicht unsere Aufgabe“, so Deiler.

Das Dokumentationszentrum als Ort der Information, des Erinnerns und der Begegnung wäre eine wesentliche Voraussetzung für eine zukunftsweisende Entwicklung des Gedenkens, weitab von dem, was Deiler als ritualisierte „Kranz-Abwurf-Veranstaltungen“ bezeichnet.

Erinnerungsarbeit in der Zukunft fußt aber auch auf Bildungsformaten, die die nachwachsenden Generationen tatsächlich erreichen. Angesichts besorgniserregender Wissenslücken unter jungen Erwachsenen fordert Grünen-Abgeordnete Triebel eine Evaluation aller Bildungsmaßnahmen, da offensichtlich von dem, was gemacht wird, zu viel verpufft. „Wir müssen schauen, was ankommt. Benutzen wir die verkehrten Medien? Brauchen wir eine andere Ansprache?“ Ganz wichtig sei auch die Frage, wie man die NS-Zeit in einer Einwanderergesellschaft vermitteln könne.

Dass Jugendliche aus anderen Kulturen fragen, was sie das alles angehe, hatten zwei ehemalige Lehrerinnen unter den „Omas gegen Rechts“ durchaus schon erlebt.

Doch der Bogen in die Gegenwart lässt sich schlagen – Ausgrenzung findet nach wie vor statt. „Die Unmenschlichkeit“, meinte eine der Teilnehmerinnen, „beginnt schon beim Mobbing“.

Ulrike Osman



Zusammen mit den „Omas gegen Rechts“ diskutierten (von links): Historikerin Edith Raim, Präsident der Europäischen Holocaust-Gedenkstätte-Stiftung Manfred Deiler, Grünen-Landtagsabgeordnete Gabriele Triebel und Veranstalter Wolfgang Hauck.

Foto: Osman

Pistole gezogen

Bedrohung an Landsberger Waschanlage

Landsberg – Mehr als nur ein schlechter Scherz: An einer Autowaschanlage in der Graf-Zeppelin-Straße wurde Sonntagabend scheinbar mit einer zuvor geladenen Schusswaffe auf anwesende Kunden gezielt.

Es war etwa 20 Uhr, als sich drei Männer mit einem schwarzen Mercedes an der Anlage aufhielten. Einer der drei Insassen öffnete laut Polizeimeldung das Fenster, lud eine schwarze Schusswaffe durch, zielte damit auf zwei Personen, die sich mit ihrem Fahrzeug in einer Waschanlage aufhielten, und bedrohte diese. Sie ergriffen sofort die Flucht.

Mehreren Streifen gelang es, den Mercedes im Stadtgebiet ausfindig zu machen. Die drei Insassen, ein 23-Jähriger sowie zwei 20-Jährige aus Kaufering, wurden festgenommen, nach „polizeilichen Maßnahmen“ jedoch wieder entlassen.

„Es handelte sich um eine sogenannte Anscheinswaffe, die einer echten Schusswaffe täuschend ähnlich sieht“, so Polizeioberkommissar Matthias Kammerer. Gegen die drei Kauferinger wurde ein Strafverfahren eingeleitet. Zeugen des Vorfalls sowie eventuell weitere Geschädigte werden gebeten, sich bei der Polizei Landsberg zu melden: Telefon 08191/932-0.

Lern- und Gedenkort

Grundsatzbeschluss für ein Dokumentationszentrum ist gefallen

Landsberg – Die Stadt will die Errichtung eines Dokumentationszentrums auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers VII ermöglichen. Ein entsprechender Grundsatzbeschluss, mit dem man endlich positive Zeichen setzen will, fiel im Stadtrat einstimmig.

Ein Lernort zur Wissensvermittlung und zum Gedenken soll nach dem Willen der Europäischen Holocaustgedenkstätte Stiftung e.V. auf dem Gelände an der Erpfinger Straße entstehen. Nur hier sind noch Spuren des ehemaligen KZ-Lagerkomplexes Kaufering in Form von Bau- und Bodendenkmälern erhalten, dabei handelte es sich

um das größte Außenlagersystem des Konzentrationslagers Dachau.

Der zwischen Juni 1944 und April 1945 bestehende Lagerkomplex war Bestandteil eines Bauprojektes zur Errichtung von Großbunkern, in denen Jagdflugzeuge produziert werden sollten, um die Luftwaffe in der Endphase des Krieges aufzurüsten.

Der Lagerkomplex war damit unmittelbarer Bestandteil der Rüstungs- und Kriegsstrategie des NS-Regimes, der eine Wende im Kriegsverlauf erzwingen sollte. Zu diesem Zweck wurden jüdische Häftlinge ins Reichsgebiet deportiert und unter er-

bärmlichsten Verhältnissen zur Arbeit gezwungen.

Daran, dass diese Konzentrationslager für die Erinnerungsarbeit – auch überregional – eine wichtige Rolle spielen, besteht heute kein Zweifel mehr. Oberbürgermeisterin Doris Baumgartl (UBV) hatte bereits im Bildungs-, Sozial- und Kulturausschuss vor einigen Wochen betont, sie halte es für die Aufgabe der Stadt, hier endlich tätig zu werden und das Thema voranzubringen.

Das Bebauungsplanverfahren zur Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für einen Gedenkort soll verwaltungsintern durch die Stadt betreut werden.

uos